

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

41 (13.6.1946)

Verlag: Badendruck GmbH.
Karlsruhe a. Rh., Lamstraße 10-5, Tel. 4051/53.
Erscheinungsweise: 3mal wöchentlich. Bezugspreise:
ausgeben für Nordheim (Eberstadtstr. 10) und
für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

Einzelverkaufspreis 20 Pf.
Monat. Bezugspreis RM 2,20, durch die Post
bezogen RM 2,50 zuzügl. RM 0,36 Zustellgebühr.
Anzeigensatz: Die 10sp. Nonp. Zeitungs-
in Betreibung, RM 1,-. Amtl. Anz. die Hälfte.

DANA funkt Aus aller Welt

Labour-Party für Unterstützung der deutschen Demokratie

Gemeinsame Interessen der Nationen — Friedensverträge nötig — Freiheit, Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit für alle Völker

Bonnemouth, 12. Juni. (DANA) In der Jahreskonferenz der Labour-Party eröffnete Staatssekretär Noel-Baker heute die außenpolitische Debatte mit einer Erörterung der britischen Politik gegenüber Franco-Spanien. „Die Labour-Party möchte den Spaniern helfen, ihre jetzige Regierung los zu werden“, erklärte der Minister „ohne sich dabei in einen neuen Bürgerkrieg zu stürzen oder ihnen eine andere Regierung zu geben, die nicht besser wäre, als die jetzige. Wir wollen in Spanien die Demokratie sehen.“

Bezüglich Italien erklärte Noel-Baker, daß die Labour-Party ihr Möglichstes tun würde, um der neuen Republik eine Entwicklung in Frieden und Wohlstand zu ermöglichen. Die Partei sei auch dafür, daß Deutschland zur wahren Demokratie erzogen und unterstützt werde.

Für deutsche Einheit
Deutschland müsse eine wirtschaftliche Einheit werden und nicht mit Gewalt zerlegt werden. „Um diese Ziele zu verwirklichen, brauchen wir Friedensverträge. Wir müssen deshalb unseren Außenminister Bevin bei seiner Arbeit um diese Friedensverträge unterstützen.“

Die Bedeutung der UN
Der Staatsminister nahm dann Stellung zu der Arbeit der UN und meinte, daß der Sicherheitsrat nicht vor den Schwierigkeiten zurückweichen dürfe. In 10 Jahren werden uns die Grenzen der Renonanzfragen, die uns jetzt so viele Sorgen bereiten, bedeutend unwichtiger erscheinen. Genau wie übertriebener Optimismus sei auch leichtfertiger Pessimismus hier nicht am Platze. „Die einzige Möglichkeit mit der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten einzig zu bleiben“, erklärte der Staatssekretär, „besteht darin, daß wir unsere Politik auf Artikel 2 der Charter der UN beruhen und den sozialistischen Grundsatzen annehmen. In 10 Jahren werden uns die Grenzen der Renonanz stehen, sondern gemeinsame Interessen sind, die nur durch gemeinsames Handeln erfüllt werden können. Wir glauben, daß wir die Welt auch ohne Krieg aufbauen können, das ist die Aufgabe unserer Generation für die nächsten zehn Jahre.“

den Glauben an den Sozialismus als Prüfstein der Politik der britischen Arbeiterregierung. Er betonte, daß die britische Arbeiterregierung den Grundsatz der Planwirtschaft im Innern und auf außerpolitischem Gebiet eine Politik internationaler Zusammenarbeit verfolgen. In Großbritannien selbst sei seit dem Amtsantritt der Arbeiter-Regierung im Juli vorigen Jahres der Sozialismus durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Versicherungswesens und des nationalen Gesundheitsdienstes weitgehend verwirklicht worden. Attlee erinnerte an die Verstaatlichung der Bank von England und des Kohlenbergbaues und stellte fest, daß die Regierung fest entschlossen sei, auf diesem Weg fortzufahren. Unsere Politik der Verstaatlichung ist darauf gerichtet, volle Beschäftigung, wirtschaftliche Wohlfahrt und Gerechtigkeit für alle zu fördern. Die britische Arbeiterbewegung sei nicht auf die Insel in ihren Wirkungsmöglichkeiten beschränkt. „Auch auf außerpolitischem Gebiet arbeiten wir nach den Prinzipien unserer Partei“, sagte Attlee, Großbritannien billige den anderen Völkern die gleichen Freiheiten zu, die es für sich selbst in Anspruch nehme. Alle inneren sozialen Probleme würden durch die Weltlage beeinflusst. Großbritannien erstrebe nicht nur eine Befriedigung der Welt auf politischem Gebiet, sondern sehe die Grundlage für einen dauerhaften Frieden in wirtschaftlicher Wohlfahrt und sozialer Gerechtigkeit für alle Völker. Er habe schon immer den Standpunkt vertreten, daß die Sache der Arbeiter in der ganzen Welt eine gemeinsame sei. Man könne nicht eine beengte Zone der Sicherheit für sich selbst schaffen und die übrige Welt ihrem Schicksal überlassen.

Das britische Verstaatlichungsprogramm

Bonnemouth, 12. Juni. (DANA) Der Minister für Brennstoffversorgung, Emanuel Shinwell, sprach in der Dienstagnachtsitzung des Jahreskongresses der britischen Arbeiterpartei über die Verstaatlichungspolitik der Regierung und betonte die Notwendigkeit, durch Entwicklung der Industrie zur Herstellung von Kohlenenergieprodukten die Kohlenherzeugung finanziell ertragsfähig zu machen. Die Regierung werde das aus der Kriegszeit nicht bestehende Petroleum-Verwaltungsausschuss auflösen und die gegenwärtig ungleichmäßige, unwirksame Verteilung des Petroleums durch andere Maßnahmen zu verbessern.

Eine von Vertretern der Gewerkschaften eingebrachte Entschließung zur baldigen Einführung der 40-Stundenwoche wurde zurückgezogen, nachdem versichert worden war, daß Verhandlungen hierüber zwischen der Exekutive der Arbeiterpartei und dem Generalrat des Gewerkschaftskongresses im Gange seien und bald zu Ende geführt werden würden.

Ohne Einspruch wurden Entschließungen angenommen, in denen die Beteiligung von Arbeitervertretern an der Leitung jeder einzelnen Grube und jeden Werkes bis hinauf zur zentralen Verwaltung der verstaatlichten Industrien und freie Wahl und Anstellung von Direktoren aus den Reihen der Arbeiter gefordert wurden.

Im Laufe des Nachmittags traf Leon Blum als Vertreter der französischen Sozialisten ein und wurde lebhaft begrüßt. (Fortsetzung auf Seite 2)

Byrnes nicht für deutschen Staatenbund

Washington, 12. Juni. (DANA) Die Vereinigten Staaten werden weder allein noch gemeinsam mit Großbritannien einen Plan für die Bildung eines Deutschen Elf-Staatenbundes bei der kommenden Außenministerkonferenz am 15. Juni in Paris vorlegen, erklärte der Außenminister der USA, Byrnes, in einer Pressekonferenz. Diese Erklärung des Außenministers erfolgte auf die Bitte eines Journalisten, um Stellungnahme zu den Presseberichten über den amerikanischen Vorschlag zur Bildung eines Deutschen Staatenbundes.

Zur Pariser Konferenz

Washington, 12. Juni. (AP) Man müsse sich davor hüten, die kommende Außenministerkonferenz als ein Spiel zu betrachten, in dem das eine oder andere Land einen diplomatischen Sieg erringen könnte, so erklärte Außenminister Byrnes auf einer Pressekonferenz. „Wir alle müssen hoffen“, erklärte Byrnes, „daß wir einen Fortschritt für einen gerechten und dauernden Frieden schaffen.“

Der amerikanische Botschafter in London, A. Harriman, berate mit der britischen Regierung über einen Plan zur Bildung eines anglo-amerikanischen Sachverständigen-Komitees. Das Komitee solle die Aufgabe haben, die praktischen Bedingungen zu studieren, die sich durch die erhöhte Einwanderungsquote von Juden nach Palästina ergeben.

Der Sozialismus Prüfstein des britischen Politik

Bonnemouth (England), 12. Juni. (AP) Premierminister Clement Attlee bezeichnete in einer Rede vor dem Jahreskongreß der Arbeiterpartei

Spannung in Griechenland u. Italien

Athen, 12. Juni. (AP) Ein Anwachsen der Spannungen war am 8. Juni in Griechenland zu verzeichnen. Als gemeldet wurde, die Kommunisten hätten sich weitere Übergriffe zu schulden kommen lassen, antworteten die Linksparteien, der Bürgerkrieg werde die Folge eines so drastischen Erlasses sein, in dem die royalistische Regierung die Todesstrafe für ein Verzeihen gegen den Staat vorsieht.

Das Ministerium für öffentliche Ordnung gab bekannt, 12 Kommunisten seien am 7. Juni verhaftet worden. Sie seien angeklagt, eine Wiedererrichtung der durch Gesetz aufgelösten EAM-Gruppe voranzutreiben zu haben. Ferner hätten „kommunistische Banden“ in Westmazedonien eine verzweifelte Lage geschaffen.

Republik oder Monarchie?

Rom, 12. Juni. (AP) Das italienische Kabinett bestätigte am 11. Juni erneut die Geschlossenheit der Republik. Nach Beendigung der Kabinettssitzung erklärte der stellvertretende Ministerpräsident, Pietro Nenni, wenn nicht bald eine Lösung des Konfliktes zwischen Regierung und Krone gefunden werde, so beschiedet er, eine Sonder-sitzung der verfassunggebenden Versammlung zu fordern.

Bei der Informationsfreiheit

London, 12. Juni. (DANA) Der Presseberater des britischen Ministerpräsidenten, Francis Williams, schlug in der Sitzung der Empire-Pressekonferenz in London am 8. d. Ms. vor, man solle als Bedingung für die Aufnahme in die UN von den Nationen verlangen, daß sie ihrer Presse einen uneingeschränkten und freien Nachrichtenanstand mit den anderen Mitgliedstaaten gewähren. Diese Maßnahmen würden das Verständnis für die Probleme der Welt erleichtern und zur allgemeinen Sicherheit beitragen.

„Die von der Regierung für die Öffentlichkeit herausgegebenen Informationen sollten nur Tatsachen und keine Propaganda enthalten“, fügte Williams hinzu.

Im internationalen Nachrichtenaustausch spielten die großen internationalen Nachrichtenagenturen eine sehr bedeutende Rolle. „Diese internationalen Agenturen sollten in Händen der fähigsten Journalisten liegen“, meinte Williams, „und niemals unter Kontrolle einer Regierung oder irgendeiner Gruppe kommen, die mit dem Zeitungsweesen nichts zu tun hat. Jede Tendenz, die eine Monopolisierung einer Nachrichtenagentur zum Ziel hat, sollte bekämpft werden.“

Spaltung in der Rheinischen Volkspartei

Düsseldorf, 12. Juni. (DANA) In einer Zusammenkunft größerer Gruppen der Rheinischen Volkspartei mit der Demokratisch-Sozialistischen Union am Pfingstmontag wurde der Beschluß zur Zusammenarbeit innerhalb der Demokratisch-Sozialistischen Union gefaßt. Dieser Beschluß erfolgte wegen der separatistischen Tendenz der Rheinischen Volkspartei, an der viele Mitgliederkreise der Partei Anstoß genommen hatten. Die jetzige Entwicklung bedeutet eine Spaltung innerhalb der Partei, womit sich ein Teil der Partei von dem Kurs des stellvertretenden Parteivorsitzenden Heinz Althoff löst. Die jetzige Zusammenarbeit innerhalb der Demokratisch-Sozialistischen Union soll den föderalistischen Gedanken fördern.

Seyß-Inquart „unbeteiligt“ nur „formell“ Pg.

190 000 Juden interniert — „Mit KZ mußte man sich abfinden“ — „Wilde Beschlagnahme“ in den Niederlanden

Nürnberg, 12. Juni. (DANA) In der Montagsitzung wurde Arthur Seyß-Inquart, der ehemalige Reichstatthalter in Oesterreich und spätere Reichskommissar für die besetzten Niederlande, als Zeuge in eigener Sache vernommen.

Nach der Erklärung des Verteidigers, Dr. Steinberg, daß er als Übereiter für das Entstehen der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich erstens die wirtschaftliche Notlage seit 1918, 2. die dadurch entstandene Uneinigkeit der demokratischen Parteien, 3. das Verhalten der Großmächte Oesterreich gegenüber ansieht und dazu entsprechende Reden maßgebender österreichischer Politiker, wie Dr. Renner und Dr. Seipel, inführte, betonte der Angeklagte Seyß-Inquart seine Aussage: Die Nazi-Partei, so erklärte er, habe, als sie 1930 zum erstmaligen in Oesterreich in Erscheinung getreten sei, zwar Befremden ausgelöst, aber dennoch auf Grund des „Anschlußgedankens“ Anhänger gefunden.

Seyß-Inquart will erst im März 1938 „formell“ Mitglied der Partei geworden sein. Er weicht entschieden zurück an der Ermordung von Dollfuß beteiligt gewesen zu sein.

Der Angeklagte wies darauf hin, daß er Hitler in einer Unterredung am 17. Februar 1938 erklärt habe: „Der Anschluß muß von der österreichischen Verfassung auf Grund einer unabhängigen Willensbildung des österreichischen Volkes ausgehen.“

Als Schlußwort ihm am 8. März 1938 seinen Entschluß mitteilte, eine Abstimmung über den Anschluß herbeizuführen, habe er, so erklärte Seyß-Inquart, dem Bundeskanzler seine Hilfe zugesagt. In einem Brief an Seyß-Inquart erklärte Hitler, daß er mit „Unruhen“ rechnet, falls Schuschnigg auf einer Abstimmung bestünde und daß er nötigenfalls bereit sei, auf einen „Hilferuf“ Oesterreichs einzuschreiten. Als Frist für die Entscheidung Schuschniggs gab er den Mittag des nächsten Tages an. Schuschnigg lehnte aber eine Vertagung ab und mobilisierte einige Jahrgänge des österreichischen Bundesheeres. Daraufhin forderte Göring Schuschniggs Rücktritt und betraute Seyß-Inquart mit der Bildung eines neuen Kabinetts.

„Erst von dem Augenblick an, da das System der vaterländischen Front angebrochen wurde, habe ich in mir die Verantwortung gefühlt, handelnd einzutreten“, fuhr der Angeklagte in seiner Aussage fort. Der „Anschluß“ wurde „durch den Jubel der Wiener Bevölkerung nachträglich sanktioniert“.

Dr. Steinbauer leitete dem Gericht daraufhin eine „feierliche Erklärung“ der katholischen Erzbischöfe vom 21. März 1938 vor, in der diese sich „aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen“ zum Anschluß bekennen. Auch Dr. Renner begrüßte den „Anschluß“ freudig, wie aus einem Interview mit dem „Neuen Wiener Tagblatt“ vom 3. April 1938 hervorgeht. Zur Judenfrage erklärte der Angeklagte, daß er es nicht leugnen könne, für die Durchführung der Maßnahmen gegen die Juden in seinem Wirkungskreis verantwortlich zu sein, daß aber die Behandlung der Judenfrage an sich von Büchel erledigt wurde. An sein Patrouillen vom 9. November will Seyß-Inquart nicht beteiligt gewesen sein. In Holland habe er zunächst zwei große Ghettos eingerichtet, in denen 140 000 Juden interniert wurden. Härten und Exzesse seien „un-

terlich“ nicht zu vermeiden gewesen. Mit dem Gedanken, daß KZ beständen, gab der Angeklagte an, habe er sich abfinden müssen, er habe jedoch versucht, Mißstände in den Lagern zu verhindern.

Der Arbeitseinsatz in Holland ist nach den Angaben Seyß-Inquarts zunächst als freiwillige Arbeitsverpflichtung durchgeführt worden. Nach 1942 wurde dann auf Weisung Bornmanns eine zwangsweise Verpflichtung durch die niederländischen Arbeitsämter erreicht. Diejenigen Holländer, die sich weigerten, wurden festgenommen und ins Reich geschafft. Die Zahl der nach Deutschland verschickten holländischen Arbeiter betrug, wie der Angeklagte ausagte, über ein Viertel der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung Hollands.

Seyß-Inquart mußte einsehen, daß ihm als Reichskommissar für die Niederlande auch die SS-Abteilungen unterstanden und daß die Befehle zur Vollstreckung von Exekutionen durch seine Hand gingen. Ueber die finanzielle Ausbeutung Hollands gab Seyß-Inquart an, daß zunächst monatlich drei Millionen Gulden und dazu 20 Millionen Gulden Silbergeld verlangt wurde. Im Jahre 1941 erob das Reich auf mittlere Besatzungskosten in Höhe von 50 Millionen Mark monatlich.

Seyß-Inquart erklärte in der Dienstag-Sitzung, die Verschickung holländischer Juden nach Mauthausen sei auf direkten Befehl Hitlers geschehen. Er habe gegen diesen Befehl protestiert. Der Angeklagte will sich auch dafür eingesetzt haben, daß die Juden vom Konzentrationslager aus in brieflichem Verkehr mit den Niederländern bleiben konnten.

Die Verschleppung niederländischer Produktionsmittel bezeichnete der Angeklagte als „im allgemeinen üblich“. Er betonte, sich stets für die Erhaltung der niederländischen Kunstschätze eingesetzt zu haben. Seyß-Inquart gab zu, daß außer den allgemeinen Beschlagnahmen durch die deutsche Wehrmacht im Spätsommer 1944 zahlreiche „wilde Beschlagnahmen“ vorgekommen seien. Außerdem seien auf Anordnung Hitlers Textilien für die deutsche Bevölkerung aus den Niederlanden geholt worden. Die Sprengungen von Heilich, Docks, Werften und Bergwerksanlagen seien lediglich „Lähmung“ dieser Anlagen erfolgt.

Im weiteren Verlauf des Verhörs behauptete Seyß-Inquart, daß er im April 1944 den Entschluß faßte, sich illegal mit den Vertrauensleuten der holländischen Regierung in London in Verbindung zu setzen. Durch seine Abberufung nach Flensburg sei es nicht dazu gekommen.

Im Kreuzverhör durch den französischen Ankläger Delphon Debenest erklärte der Angeklagte, die deutsche Besatzungsbehörde beehelte die holländischen Generalkommissare bei, um mit ihrer Hilfe dem holländischen Volk bestimmte wirtschaftliche und polizeiliche Maßnahmen aufzuzwingen. Zahlreiche andere Beamtene wurden durch niederländische Nationalsozialisten ersetzt, da außer ihnen kein Holländer mit den Deutschen zusammenarbeiten wollte.

Das Problem Holland
Die Aenderung des Lehrplanes in den Schulen und die Ueberwachung der Lehrerernennung begründete der Angeklagte damit, daß die Kinder antideutsche Tendenzen gezeigt hätten. Die Leyden-Universität sei, wie der Angeklagte aus-

führte, geschlossen worden, als die Hochschule auf die Entlassung einiger Lehrkräfte hin in den Streik trat. Seyß-Inquart bestritt, die Zwangsarbeiterpflicht für die Hochschule eingeführt zu haben. Die Studenten hätten lediglich nach dem Abschluß des ersten Arbeitseinsatzes „nachholen“ müssen. Allerdings gab der Angeklagte zu, daß Studenten, die sich weigerten, eine Lokalitätserklärung abzugeben, vom Studium ausgeschlossen und dem Arbeitseinsatz übergeben wurden.

Der Angeklagte gab ferner zu, Maßnahmen zur Verfolgung der Kirche getroffen zu haben.

Seyß-Inquart bestritt die eidesstattliche Erklärung einer SD-Agentin, in der es heißt: „Ich erinnere mich, daß Seyß-Inquart den Vorsitz machte, alle Juden, die in Holland verbleiben sollten, zu sterilisieren“. Der Angeklagte will vom SD erfahren haben, daß sich eine Anzahl von Juden sterilisieren ließen und daraufhin von allen Beschränkungen befreit wurden.

Für die zahlreichen Geiselerdrückungen in Holland behauptete Seyß-Inquart, nicht verantwortlich zu sein. Allerdings mußte er zugeben, Dr. Schönberg, einem höheren Polizei- und SS-Führer, ein „scharfes Zurechtfinden“ angeraten zu haben.

Die außerordentlich hohen Vorräte an Rohstoffen und Lebensmitteln, die er bei der Besetzung der Niederlande vorfindend haben sei, erklärte der Angeklagte, will sich auch dafür eingesetzt haben, daß die Vierjahrespläne beschlammt worden. Er habe eine Beschwerde über diese Anordnung an den Beauftragten des Vierjahresplanes weitergegeben.

Das Problem Holland
Daschau, 12. Juni. (DANA) Zum Tode durch den Strang wurde am 11. Juni der 26jährige Richard Wegemann von einem Dachauer Militärgerichtshof verurteilt. Der Verurteilte hat am 28. Mai 1944 einen notgelandeten amerikanischen Flieger erschossen.

Die sowjetische Besatzungspolitik

Berlin, 12. Juni. (DANA) Die öffentliche Versicherung, daß der Abbau der deutschen Rüstungsindustrie in der Sowjetzone am 1. Mai abgeschlossen wurde, hat der Befehlshaber der sowjetischen Besatzungszone Marschall Sokolowski in einer Erklärung Ende Mai vor Vertretern der deutschen Provinzialverwaltungen der Sowjetzone abgegeben.

Marschall Sokolowski hatte diese Konferenz mit etwa 50 deutschen Vertretern einberufen, um in einem freien Meinungsaustausch die sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland mit den Deutschen zu besprechen. Als der Präsident von Mecklenburg und Ostpommern, Wilhelm Hoerker, eine Erklärung abgeben wollte, unterbrach ihn der sowjetische Befehlshaber mit den Worten: „Bitte seien Sie ehrlich, denn keine Besatzungsmacht arbeitet ohne Fehler“. Hoerker meinte daraufhin, daß der Abbau der deutschen Industrie den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zehmet habe. Sokolowski antwortete, daß dieser Abbau zweifelsohne eine gewisse Störung verursacht habe und fügte

hinzü: „Aber ich gebe Ihnen hiermit die volle Versicherung, daß der Abbau am 1. Mai abgeschlossen wurde.“

In der Sowjetzone sei in den Monaten Januar bis März einschließlich für zwei Milliarden Mark Waren produziert worden, erklärte ferner Marschall Sokolowski, davon seien nur 300 Millionen Mk., also 15 Prozent, für Reparations- und Besatzungszwecke verwendet worden.

Der sowjetische Oberbefehlshaber nahm dann zu der sowjetischen Wiederaufbaupolitik in Deutschland Stellung. „Es ist klar, daß Deutschland nach dem verlorenen Krieg Reparationen zahlen muß“, erklärte der Marschall dazu, „aber wir erwarten von Deutschland nicht die volle Rückzahlung des Schadens von 700 Milliarden Rubel, der durch die deutschen Truppen in Rußland verursacht wurde. Doch wir müssen darauf bestehen, daß Deutschland dem sowjetischen Volk wenigstens einen moralischen Ausgleich bietet.“

Berlin, 13. Juni. (DANA) Die stellvertretenden Militärbefehlshaber der amerikanischen und britischen Besatzungszone, Generalleutnant Lucius D. Clay und Generalleutnant Brian Robertson, haben ihre Teilnahme an der Eröffnungsgesitzung der Hamburger Ernährungskonferenz am Donnerstag zugesagt. An der Konferenz werden der frühere Reichsminister Dr. Schlangensiefen und der Reichsminister a. D. Dietrich als Hauptvertreter der britischen und amerikanischen Zone teilnehmen. Im Anschluß an die Eröffnung der zweitägigen Konferenz sollen eine Reihe von Arbeitsausschüssen gebildet werden.

Berlin, 13. Juni. (DANA) Die drei Wirtschaftsminister der amerikanischen Besatzungszone, Dr. Müller (Großhessen), Dr. Ehrhard (Bayern) und Dr. Köhler (Württemberg-Baden) sind am Mittwoch zu den vorgesehene Handelsbesprechungen in Berlin eingetroffen.

Washington. Das Repräsentantenhaus unterstützte durch seine Abstimmung das Veto des Präsidenten Truman gegen den Gesetzentwurf über die Regelung von Arbeitsstreitigkeiten und brachte damit den Gesetzentwurf zum Fall. Es wurden 135 Stimmen zugunsten des Vetos und 255 Stimmen für den Entwurf abgegeben. Eine Abstimmung des Senats erübrigt sich nun. Dieser Gesetzentwurf hat in amerikanischen Gewerkschaftskreisen Unruhe hervorgerufen. (AP)

Washington. Absessinien hat bei der Pariser Außenministerkonferenz gegen den französischen Vorschlag, Eritrea unter ein italienisches Mandat zu stellen, Einspruch erhoben. Der absessinische Gesandte Ras Imru hat am 26. Mai in Paris gegen diesen Vorschlag protestiert. Der Vorschlag Frankreichs bedeutete eine Anerkennung des italienischen Angriffs auf Absessinien im Jahre 1936. (AP)

Paris. Frankreich hat den Vereinigten Staaten eine Note übermittleit, in der die künftigen Grenzverhältnisse im Indochina, gemacht durch die US-Regierung um eine entsprechende Intervention bei der Regierung in Bangkok ersucht wird. (AP)

Nancy. Sieben Männer, die des Verrates und der Ermordung von Angehörigen der französischen Widerstandsbewegung während der deutschen Besetzung in den Ardennen überführt worden waren, wurden am Freitag zum Tode verurteilt. (AP)

Moskau. Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets, Nikolai Schewrnik, erhielt am 8. Juni eine Trauerbotschaft des amerikanischen Präsidenten Truman, in der dieser sein Bedauern zum Tode des Expräsidenten Kalinin ausspricht.

Bukarest. Der rumänische stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Tarescu hat in einer am 3. Juni übermittelten Antwort auf die anglo-amerikanische Protestnote vom 27. Mai versichert, daß seine Regierung die Moskauer Abmachungen ausnahmslos durchführen wolle. Diese Antwortnote wurde am Freitag über den rumänischen Rundfunk verbreitet und durch die rumänische Presse veröffentlicht. Der Einzug wurde am gleichen Tag vom amerikanischen Außenministerium bestätigt, wo sie zur Zeit noch überprüft wird.

Bukarest. Der rumänische Ministerpräsident Petra Groza erklärte gegenüber rumänischen Journalisten, daß die allgemeinen rumänischen Wahlen wahrscheinlich am 23. August abgehalten würden. (AP)

Bludenz (Syrrien). Die arabisch-britische Freundschaft wird einen Bruch erleiden, wenn Ägyptens Forderungen in Bezug auf das Niltal und Evakuierung der britischen Truppen aus diesem Gebiet nicht erfüllt werden, so heißt es in einer Resolution, die von der arabischen Liga gefaßt wurde. Die Liga brachte gleichzeitig ihre Enttäuschung über die Verzögerung bei den anglo-ägyptischen Verhandlungen zum Ausdruck und betonte, daß sie Ägypten bei seinen Forderungen vollständig unterstütze. (AP)

Peking. Der Befehlshaber der chinesischen Regierungstruppen in der Mandchurei hob am 10. Juni den fünfzehnjährigen Waffenstillstand auf und gab seinen Truppen Befehl, den Vormarsch wieder aufzunehmen. Vertreter der Regierung im Hauptquartier setzten die kommunistischen Unterhändler von diesem Beschluß in Kenntnis.

Letzte Neuigkeiten

Berlin, 13. Juni. (DANA) Die Berliner Parteileitung der SPD lehnte eine nachträgliche Einladung zu der für Mittwoch, den 12. Juni in Berlin geplanten Tagung der „Einheitsfront der antifaschistischen Parteien“ ab. Die SPD, die ihre Bereitschaft zur Mitarbeit am 1. Juni erklärt hatte, war bei der Anknüpfung der Tagung übergegangen worden. Am Nachmittag des 11. Juni war auf den Parteivorstand eine telefonische Aufforderung ergangen, an der Feier in der Berliner Staatsoper teilzunehmen. Der Parteiausfluß der SPD Groß-Berlins, heißt es in der ablehnenden Begründung, steht nach wie vor zu seinem Schreiben vom 1. Juni, in dem er seinen Entschluß, die Mitarbeit zum Ausdruck zu bringen, der Parteivorstand der SPD sieht sich jedoch nicht in der Lage, einer telefonischen Einladung wenige Stunden vor einer Veranstaltung Folge zu leisten, in der zwar ein Vertreter der Partei sprechen sollte, aber Mitglieder der Partei praktisch von der Teilnahme ausgeschlossen bleiben müßten. Die Tagung der „Einheitsfront der antifaschistischen Parteien“ sollte ursprünglich als Zonenveranstaltung stattfinden. Durch ein Schreiben des Zentralsekretariats der SED, das von Pieck und Grotewohl unterzeichnet war, wurde die Beteiligung der nur in Berlin zugelassenen SPD abgelehnt.

Die Aenderung dieser Einstellung gegenüber der SPD und deren nachträgliche Einladung bezieht auf die Haltung des Vorsitzenden der CDU für die sowjetrussische Zone, Jakob Kaiser, der es abgelehnte, auf der Tagung zu erscheinen, wenn die SPD ausgeschlossen würde. Darauf erfolgte dann die Kompromittierung, die Tagung zu einer Veranstaltung der Berliner Parteien umzugestalten und die SPD noch nachträglich einzuladen.



Schatten und Licht

Ein etwas Gütliches um die Macht der Erinnerung... Schließen sie die Augen und denken Sie...

Wahl des Oberbürgermeisters und der Bürgermeister von Karlsruhe

Am Freitag, den 21. d. M., findet im Sitzungssaal der Stadtverwaltung, Eingang Eitlingerstraße...

Fahrtausweise für Kraftfahrzeuge an Sonn- und Feiertagen

Die Fahrtausweise für Kraftfahrzeuge an Sonn- und Feiertagen können eine Gültigkeit von einem bis zu drei Jahren erhalten...

Die Stifungen der badischen Markgrafen

Teilungsvertrag des bad. Territorialstaates und die neue Residenz Durlach

Wie schon das von Graf von Hohenburg gegründete Kloster Grotte sehr reichlich mit Stiftungen...

Die Stifungen der badischen Markgrafen

Teilungsvertrag des bad. Territorialstaates und die neue Residenz Durlach

Wie schon das von Graf von Hohenburg gegründete Kloster Grotte sehr reichlich mit Stiftungen...

Die Stifungen der badischen Markgrafen Teilungsvertrag des bad. Territorialstaates und die neue Residenz Durlach

Aufnahme der Schulanfänger

Wir machen nochmals eine Bekanntmachung der Stadtschulämter über die Aufnahme der Schulanfänger...

Theater im Theater?

Zu der völlig unmotivierten Absage der 'Don Giovanni' Premiere, die ein bezeichnendes Licht auf die untragbare Zustände im musikalischen Sektor...

Von Karlsruher Bühnen

Wie uns die Pressestelle des Neuen Theaters Karlsruhe bekannt gibt, hat Herr Wolf von Zastrow...

Konzert der Sängervereinigung

Die Sängervereinigung Knielingen, durch Zusammenschluß der früheren bekannten Gesangsvereine...

Die Stifungen der badischen Markgrafen Teilungsvertrag des bad. Territorialstaates und die neue Residenz Durlach

Die Stifungen der badischen Markgrafen Teilungsvertrag des bad. Territorialstaates und die neue Residenz Durlach

Die Stifungen der badischen Markgrafen Teilungsvertrag des bad. Territorialstaates und die neue Residenz Durlach

Die Stifungen der badischen Markgrafen Teilungsvertrag des bad. Territorialstaates und die neue Residenz Durlach

Die Stifungen der badischen Markgrafen Teilungsvertrag des bad. Territorialstaates und die neue Residenz Durlach

Die Stifungen der badischen Markgrafen Teilungsvertrag des bad. Territorialstaates und die neue Residenz Durlach

Die Stifungen der badischen Markgrafen Teilungsvertrag des bad. Territorialstaates und die neue Residenz Durlach

Die Stifungen der badischen Markgrafen Teilungsvertrag des bad. Territorialstaates und die neue Residenz Durlach

Die Stifungen der badischen Markgrafen Teilungsvertrag des bad. Territorialstaates und die neue Residenz Durlach

Die Stifungen der badischen Markgrafen Teilungsvertrag des bad. Territorialstaates und die neue Residenz Durlach

Samstagsmorgen - Ehrendienst

Für alle, die am Samstag, den 15. Juni, beim Ehrendienst mitarbeiten, ist Treffpunkt um 10.00 Uhr...

Polizeibericht

Ein Hausangestellter wurde in Haft genommen, weil sich bei ihrer Dienststelle Wäsche- und Kleidungsstücke gestohlen hatten...

Ein neues Ziegelwerk

Staffort. Seit kurzem hat die Ziegeleifirma Neck in Eggstein bei Staffort eine Filiale errichtet. Der Betrieb wurde in der hiesigen Waag Halle einwohner und Einwohnerinnen beschäftigt...

Urkunden im Brückenpfeiler

Zum Wiederaufbau der Heidelberger Alten Brücke am vergangenen Wochenende wurde in einem scheidenden Pfeiler der historischen Alten Brücke am Neckar...

Radioprogramm

Freitag, 14. Juni: 6.12 Morgenchoral, 6.15 Frühmusik, 6.30 Frühkonzert und Wetterbericht von Frankfurt...

Die Schüler sehen sich nach Wandern und Sport

Viele der älteren Schüler kennen noch aus eigener Erfahrung die segensreiche soziale Einwirkung der Jugendherbergen...

Katholische Schwabenjugend

Die 'Katholische Schwabenjugend' hat ihren Sitz in der Diözese Rottenburg. Sie ist in Jugendgruppen eingeteilt...

Kulturnotizen

Die 'Deutsche medizinische Wochenschrift' die bereits 1875 gegründet wurde, erscheint nach anderthalbjähriger Pause wieder...

Besondere Ausschüsse werden öffentliche Ämter kontrollieren

Stuttgart, 12. Juni. (DANA) Ausschüsse, die durch Gemeinderatsmitglieder und Kreisratsabgeordnete sowie die von ihnen bestellten Bürgermeister und Landräte gebildet werden sollen, haben...

Schwetinger Festspiele 1946

Entgegen den ursprünglichen Verlautbarungen wurde jetzt der Beginn sämtlicher Nachmittagsvorstellungen der Schwetinger Festspiele...

Für über eine Million Sachwerte bei Stuttgarter Architekten beschlagnahmt

Stuttgart, 12. Juni (DANA) 4 Kraftwagen, 5 Motorräder, 1 Filmapparat, im Friedenwert von 200.000 Mark, Spirituosen, 2 Jagdgewehre, 1 Maschinenpistole...

40 Prozent der Ludwigshafener Kinder unterernährt

Mannheim, 12. Juni. (DANA) Etwa 40 Prozent der Kinder der Stadt Ludwigshafen sind nach ärztlichen Untersuchungen unterernährt...

Lebensmittelkartenfälschung aufgedeckt

Biberach an der Riß, 12. Juni. (DANA) Unter dem Verdacht Einzelhandelskarten von Lebensmittelkarten für Butter, Zucker, Käse, Fleisch und Brot...

Wettervorhersage

Wolfiges teilweise aufhellendes Wetter. Einzelne schauerartige Regenfälle. Mäßig warm.

Schwabenjugend Baden-Baden

Freitag, 14. Juni: 14.35-14.40 Musik nach Tisch, 14.40 bis 14.45 Kinderfunk: Geschichten für große und kleine Kinder...

DAS WORT DER JUGEND

Max Eyth

Am Schraubstock Hart ist das Eisen, Härter der Stahl, Am härtesten die Stunden, Gar manches Mal...

Wirtschaftsaufklärung für die Jugend

Wenn die Jugend heute an beruflichen Stellen fragt was uns die Zukunft bringt, dann wird ihr nicht genug die Theorie des Aufbaues eines demokratischen Staates...

Die Stifungen der badischen Markgrafen Teilungsvertrag des bad. Territorialstaates und die neue Residenz Durlach

Ein Kassette einmuriert, die eine Urkunde der Stadtverwaltung über die zur Zeit im Gang befindliche Wiedererrichtung...

Die Städtische Urkunde wird einer späteren Zeit Kenntnis darüber geben, wie auf dem Wege freiwilliger Spenden...

Schwetinger Festspiele 1946

Entgegen den ursprünglichen Verlautbarungen wurde jetzt der Beginn sämtlicher Nachmittagsvorstellungen...

Für über eine Million Sachwerte bei Stuttgarter Architekten beschlagnahmt

Stuttgart, 12. Juni (DANA) 4 Kraftwagen, 5 Motorräder, 1 Filmapparat, im Friedenwert von 200.000 Mark...

40 Prozent der Ludwigshafener Kinder unterernährt

Mannheim, 12. Juni. (DANA) Etwa 40 Prozent der Kinder der Stadt Ludwigshafen sind nach ärztlichen Untersuchungen unterernährt...

Lebensmittelkartenfälschung aufgedeckt

Biberach an der Riß, 12. Juni. (DANA) Unter dem Verdacht Einzelhandelskarten von Lebensmittelkarten für Butter, Zucker, Käse, Fleisch und Brot...

Wettervorhersage

Wolfiges teilweise aufhellendes Wetter. Einzelne schauerartige Regenfälle. Mäßig warm.

Schwabenjugend Baden-Baden

Freitag, 14. Juni: 14.35-14.40 Musik nach Tisch, 14.40 bis 14.45 Kinderfunk: Geschichten für große und kleine Kinder...

DAS WORT DER JUGEND

Max Eyth

Am Schraubstock Hart ist das Eisen, Härter der Stahl, Am härtesten die Stunden, Gar manches Mal...

Wirtschaftsaufklärung für die Jugend

Wenn die Jugend heute an beruflichen Stellen fragt was uns die Zukunft bringt, dann wird ihr nicht genug die Theorie des Aufbaues eines demokratischen Staates...

Die Stifungen der badischen Markgrafen Teilungsvertrag des bad. Territorialstaates und die neue Residenz Durlach

Advertisement for 'Badische Umschau' magazine, including subscription rates and contact information.

WIRTSCHAFT Steuerfreiheit nichtentnommener Gewinne

Die neuen Steueretze haben in allen Wirtschaftskreisen starke Besorgnisse hervorgerufen...

Rechtanwalt Lueb gibt uns über die Auswirkungen der Steuerfreiheit des nichtentnommenen Gewinns...

Table with 2 columns: Einkommen, Besteuerung. Lists income levels and corresponding tax amounts.

Nach Deckung der Lebenshaltungskosten und der steuerlich nicht abzugsfähigen Versicherungsbeträge...

Die Steuererträge sind als 20 Prozent des Gesamtgewinns zu betrachten...

Der Finanzstatus der Banken

Berlin, 12. Juni. (DANA) Der erste Status der Banken...

Neuordnung des deutschen Bankwesens

Der Bericht erklärt weiter: Bevor die grundlegenden finanziellen Fragen...

Wirtschaftskurier

„Wirtschaftskurier“ stellt Erhebungen da. Die Zeitschrift...

Beihingwerke in Marburg arbeiten wieder

Die Beihingwerke in Marburg arbeiten wieder. Die Beihingwerke...

Wimbledon-Fußball

Wimbledon-Fußball. Mit Spannung sah man in England den ersten Auftakt...

SPORT

In der Fußball-Staatsmeisterschaft der Sowjetunion trat in der Hauptrunde der Meister...

Das Endspiel am Friedenspokal der Handballmannschaften wurde in Paris ausgetragen...

In Italien erreichte Landesteamer Campagna einen Sprung 19,78 Meter...

Familien-Anzeigen

Obfpr. Rudolf Fenschel, unv. Herrng. Sohn u. Bruder, ist im April 1945 in russischer Gefangenschaft gestorben...

Voranstellungen

Palast-Lichtspiele, Herstr. 11. Bis einsch. Freitag, den 14. 6. 46. „Zauber der Musik“...

Als Verlobte gren: Margot Glaser, Erid Riedle, Uhlend-straße 15, Seidenstr. 6...

„Motorradrennen auf der aschenbahn“ zugunsten des Welterbes

Motorradrennen auf der aschenbahn zugunsten des Welterbes. Am Sonntag, den 16. Juni 1946...

Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung

Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung. Wahlberechtigte sind die im Wahlverzeichnis...

Amtl. Bekanntmachungen

Amtl. Bekanntmachungen. Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung...

Graphologie

Graphologie. Welcher Beruf ergreife ich? Welchen Bewerber stelle ich ein?...

Vorfren / Gefunden

Vorfren / Gefunden. Silber, Nadel mit Türkis wurde am Dienstag, 11. 6. 46...

Bausparwesen Versicherungen

Bausparwesen Versicherungen. Wie und wann kommt man zu einem eigenen Haus?...

Immobilien

Immobilien. Bäckermeister sucht Bckerstlle in der Stadt...

Stellungsangebote

Stellungsangebote. 1. Hauptkassierer, 1. Lokalredakteur, pol. einwandf. l. militre, überparteiliche...

Kaufsuche

Kaufsuche. Kaffe-Rstmaschine, 30/60 fhrt, dringend gesucht...

Immobilien

Immobilien. Bäckermeister sucht Bckerstlle in der Stadt...

Stellungsangebote

Stellungsangebote. 1. Hauptkassierer, 1. Lokalredakteur, pol. einwandf. l. militre, überparteiliche...

Stellungsangebote

Stellungsangebote. 1. Hauptkassierer, 1. Lokalredakteur, pol. einwandf. l. militre, überparteiliche...

Immobilien

Immobilien. Bäckermeister sucht Bckerstlle in der Stadt...

Stellungsangebote

Stellungsangebote. 1. Hauptkassierer, 1. Lokalredakteur, pol. einwandf. l. militre, überparteiliche...

Immobilien

Immobilien. Bäckermeister sucht Bckerstlle in der Stadt...

Stellungsangebote

Stellungsangebote. 1. Hauptkassierer, 1. Lokalredakteur, pol. einwandf. l. militre, überparteiliche...

Stellungsangebote

Stellungsangebote. 1. Hauptkassierer, 1. Lokalredakteur, pol. einwandf. l. militre, überparteiliche...

Immobilien

Immobilien. Bäckermeister sucht Bckerstlle in der Stadt...

Stellungsangebote

Stellungsangebote. 1. Hauptkassierer, 1. Lokalredakteur, pol. einwandf. l. militre, überparteiliche...

Immobilien

Immobilien. Bäckermeister sucht Bckerstlle in der Stadt...

Stellungsangebote

Stellungsangebote. 1. Hauptkassierer, 1. Lokalredakteur, pol. einwandf. l. militre, überparteiliche...